

# Wie kommen Familien durch die Inflation? Verteilungswirkungen steigender Preise und Entlastungsmaßnahmen

Dr. Judith Niehues

Die stark steigenden Preise stellen viele Haushalte und Familien vor besondere finanzielle Herausforderungen. Wie genau verschiedene Haushalte von Belastungen betroffen sind und in welchem Ausmaß sie durch staatliche Entlastungsmaßnahmen kompensiert werden, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt jedoch noch nicht genau beziffern, da Einkommens- und Verbrauchsdaten typischerweise erst mit vergleichsweise großer zeitlicher Verzögerung zur Verfügung stehen. Anhand von subjektiven Befragungsdaten lässt sich gleichwohl die große Verunsicherung der Bevölkerung nachfühlen. In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der FAZ gaben Anfang August 2022 beispielsweise 62 Prozent der Befragten an, dass sie durch die Preissteigerungen „sehr stark“ (17 Prozent) oder „stark“ (45 Prozent) belastet seien (FAZ, 2022, S. 8). Ein Vergleich zu früheren Befragungen zeigt ebenso, dass die Krise deutlich stärker in den Alltag der Befragten eindringt als beispielsweise die Finanzkrise im Jahr 2009.

Den zunehmenden Einfluss der steigenden Preise auf das alltägliche Leben der Menschen spiegelt auch eine gemeinsame Umfrage des SINUS-Instituts und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wider. Anfang September hatten nach eigener Auskunft bereits 61 Prozent der Befragten in Reaktion auf die steigenden Energiepreise ihre Ausgaben sehr stark oder stark reduziert. Gleichzeitig deuteten die Befragungsergebnisse darauf hin, dass die Sparmöglichkeiten in der Bevölkerung zurückgehen. Während in der Befragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Jahr 2020 noch rund 70 Prozent der Deutschen regelmäßig etwas (an)sparen konnten, lag der Anteil in der SINUS-IW-Befragung gemäß Selbstauskunft der Befragten im September 2022 nur noch bei 50 Prozent (Niehues et al., 2022). Befragungsergebnisse des durch die Forschungsgruppe Wahlen durchgeführten Politbarometers zeichnen zudem das Bild eines erhöhten Ungerechtigkeitsgefühls in der Gesellschaft. Im Politbarometer Mitte Juli 2022 äußerten deutlich mehr Befragte (62 Prozent), dass es in Deutschland eher ungerecht zugehe als beispielsweise in einer Befragung während des Corona-Lockdowns im Februar 2021 (53 Prozent) (ZDF heute, 2022).

Befragungsdaten zeichnen somit ein einhellig pessimistisches Bild der Verbraucherstimmung in Deutschland. Das Stimmungsbild steht jedoch gleichzeitig in einem gewissen Widerspruch zu den Meldungen eines leicht positiven Wirtschaftswachstums im dritten Quartal 2022, welches zudem offenbar vor allem durch private Konsumausgaben getragen wurde (Statistisches Bundesamt (a), 2022). Auch wenn somit noch nicht feststeht, ob sich die sehr pessimistischen Einschätzungen eins zu eins in

empirischen Indikatoren manifestieren werden, bleibt klar, dass die Preissteigerungen einen großen Einfluss auf das Leben der Haushalte haben. Im Folgenden soll auf Basis von Konsuminformationen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Jahres 2018 und Angaben zu den Energieausgaben im SOEP 2020 erörtert werden, welche Belastungen für verschiedene Haushalte und Familien zu erwarten sind – und mit welchen Einschränkungen und Unsicherheiten derartige Analysen aktuell einhergehen. Der Artikel schließt mit einer kurzen Einordnung der Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung.

## **Inflation und Warenkörbe: Ungleiche Konsummuster**

Nachdem die vergangenen Jahre durch eher niedrige Preissteigerungsraten geprägt waren, erreichen die Inflationsraten im Jahr 2022 Rekordwerte: Im Oktober 2022 lag die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat bei 10,4 Prozent – was dem höchsten Wert seit Herbst 1951 entspricht.

## Die hohe Inflation gewinnt zudem dadurch an Brisanz, dass die Teuerung insbesondere durch überdurchschnittliche Preissteigerungen von Gütern des Grundbedarfs getrieben ist.

Einen besonders großen Einfluss haben die steigenden Energiepreise, die im Oktober 2022 um 43 Prozent über den Preisen des Vorjahresmonats lagen. Aber auch die Teuerungen bei Lebensmitteln (20,3 Prozent) und Kraftstoffen (22,3 Prozent) trugen mit deutlich überdurchschnittlichen Steigerungen zu der hohen Inflation bei (Statistisches Bundesamt (b), 2022).

Bei Nahrungsmitteln und Energie handelt es nicht nur um wesentliche Bestandteile der Warenkörbe der privaten Haushalte. Die kritischen Verteilungswirkungen ergeben sich insbesondere daraus, dass die Anteile am Konsum für Haushalte mit geringem Einkommen merklich höher ausfallen als für Haushalte mit höherem Einkommen (Demary et al., 2021). Während bei Haushalten mit geringen Einkommen gemäß EVS 2018 Nahrungsmittel rund 16 Prozent des Konsums ausmachten, lag das Gewicht im Warenkorb bei hohen Einkommen mit Anteilen von rund zehn Prozent deutlich niedriger. Bei den Ausgaben für Energie zeigt sich mit einer Bandbreite von





6 bis 10 Prozent eine ähnliche Differenzierung in den Warenkörben nach Einkommenshöhe. Kraft- und Schmierstoffe spielen hingegen in den Warenkörben der Haushalte mit höheren Einkommen eine etwas größere Rolle (3,7 Prozent gegenüber 1,6 Prozent bei niedrigen Einkommen) – im Vergleich zu den vorherigen Gütern nehmen sie aber einen grundsätzlich geringeren Anteil im Warenkorb ein. Während die Inflationsraten des Statistischen Bundesamts schon auf merkliche Preissteigerungen hindeuten, offenbaren Verbraucherportale wie Verivox eine noch deutlich stärkere Steigerung der Energiepreise. Der Verivox-Verbraucherpreisindex Gas, der neben den Preisen der Grundversorger auch die Preise wichtiger Wettbewerber berücksichtigt, offenbart im Oktober 2022 eine Verdreifachung des Gaspreises gegenüber dem Vorjahresmonat (Verivox (a), 2022). Der entsprechende Verivox-Strompreisindex deutet für den gleichen Zeitraum auf einen Anstieg von knapp 72 Prozent (Verivox (b), 2022). Die Verbraucherpreise deuten somit auf noch stärkere künftige Energiepreissteigerungen hin, die sich im Preisindex des Statistischen Bundesamts noch nicht widerspiegeln, da viele Kunden aufgrund laufender Verträge erst verzögert von den Preissteigerungen betroffen sind. Gleichzeitig ergibt sich aus den großen Unterschieden in den Preisentwicklungen einzelner Energieträger eine weitere große Heterogenität bei der Betroffenheit verschiedener Haushalte – je nachdem, welcher Energieträger hauptsächlich genutzt wird.

#### **Energieausgaben: Ärmere Haushalte relativ stärker belastet**

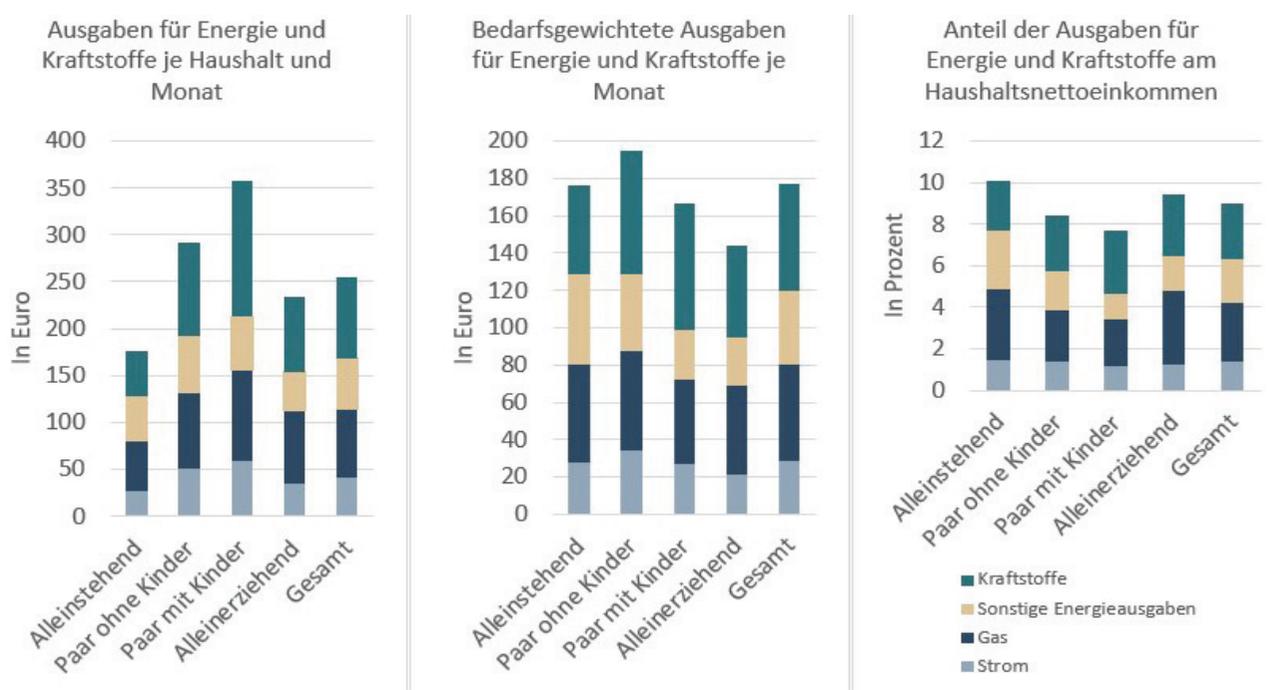
Wie genau sich die steigenden Preise für unterschiedliche Haushalte auswirken, lässt sich aufgrund der Unsicherheiten bezüglich der künftigen Preisentwicklung und möglicher Verhaltensanpassungen allenfalls grob und unter strikten Annahmen abschätzen. Da im Rahmen des SOEP 2020 die Ausgaben für verschiedene Energieträger und Kraftstoffe abgefragt wurden, kann jedoch für das Jahr 2020 die Verteilung der finanziellen Belastung durch Energie und Kraftstoffe hergeleitet werden, wodurch sich wiederum Erwartungen bezüglich der Verteilung der möglichen Mehrbelastungen ergeben. Mit Blick auf die Verteilung der Energieausgaben nach Einkommenshöhe offenbart sich zunächst, dass die absoluten Ausgaben für Energie und Kraftstoffe in der Tendenz mit der Höhe des Einkommens ansteigen (Niehues/Schaefer, 2022, S. 18ff). Bei den Energieausgaben geht dieser Zusammenhang im Wesentlichen darauf zurück, dass einkommensstarke Haushalte in größeren Wohnungen und auch häufiger in Einfamilienhäusern leben, die durch höhere Energieverbräuche gekennzeichnet sind. Die Verteilung der Kraftstoffausgaben ist maßgeblich dadurch bedingt, dass Haushalte mit geringen Einkommen seltener im Besitz von Fahrzeugen sind.

Ein gänzlich anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn die Energieausgaben relativ zum jeweiligen Haushaltsnettoeinkommen betrachtet werden. Haushalte mit niedrigem Einkommen wenden einen deutlich größeren Anteil ihres

verfügbaren Einkommens für Energie auf als Haushalte mit höherem Einkommen. Entsprechend ist davon auszugehen, dass auch die relative Mehrbelastung durch die steigenden Energiepreise für Haushalte mit geringeren Einkommen höher ausfallen wird. Werden Verhaltensreaktionen außer Acht gelassen und die Energiepreise in einem Simulationsszenario gemäß durchschnittlicher Marktpreisentwicklungen der Energiepreise fortgeschrieben, ergibt sich für armutsgefährdete Haushalte beispielsweise eine Erhöhung des Ausgabenanteils für Energie am Haushaltsnettoeinkommen im Jahr 2022 um über 5 Prozent, während die relative Mehrbelastung im oberen Einkommensbereich bei unter 2 Prozent liegt (Niehues/Schaefer, 2022, S.22). Die kritischen Verteilungswirkungen steigender Energiepreise werden dadurch verstärkt, dass für Haushalte mit geringen Einkommen weniger Spielraum bestehen dürfte, die Energieausgaben wesentlich zu reduzieren.

#### **Betroffenheit nach Haushaltstypen: Heterogene Auswirkungen**

Um die Auswirkung steigender Energieausgaben für Familien abzuschätzen, werden in Abbildung 1 die Ausgaben für Energie und Kraftstoffe im Jahr 2020 für unterschiedliche Haushaltstypen gegenübergestellt. Die linke Grafik stellt die unbereinigten Haushaltsausgaben gegenüber und veranschaulicht, dass sich die absoluten Energieausgaben nicht ohne Weiteres zwischen verschiedenen Haushaltstypen vergleichen lassen: Erwartungsgemäß fallen die Ausgaben höher aus, je mehr Personen in einem Haushalt leben. Gleichzeitig zeigt sich bei einer Verdopplung der Haushaltsgröße keineswegs eine Verdopplung der Energieausgaben. Auch dieser Zusammenhang ist nachvollziehbar, da sich beim Energieverbrauch Einspareffekte durch das gemeinsame Zusammenleben ergeben: Auch größere Haushalte haben zumeist nur eine Küche und ein Wohnzimmer. In der mittleren Grafik werden daher analog zur üblichen Bedarfsgewichtung bei Einkommensvergleichen beispielhaft bedarfsgewichtete Energieausgaben gegenübergestellt. Demnach wird unterstellt, dass ein Paar ohne Kinder beispielsweise den 1,5fachen Energiebedarf eines Alleinstehenden hat. Kinder unter 14 Jahren erhalten nach dieser Vorgehensweise ein Gewicht von 0,3. Der Energiebedarf einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegt demnach um das 2,1fache höher als der eines Single-Haushalts. Werden die (typisierten) unterschiedlichen Energiebedarfe verschiedener Haushaltszusammensetzungen berücksichtigt, dann weisen Paare ohne Kinder die höchsten Ausgaben für Energie und Kraftstoffe auf, während die bedarfsgewichteten Ausgaben bei Familien geringer ausfallen. Unter der Annahme, dass sich die Energiepreise zwischen den Haushaltstypen nicht systematisch unterscheiden, verbrauchen Familien unter expliziter Berücksichtigung ihrer Haushaltszusammensetzung somit etwas mehr Energie als Alleinstehende und merkbar weniger Energie als Paare ohne im Haushalt lebende Kinder.



Anmerkungen: Sonstige Energieausgaben umfassen Ausgaben für Heizöl, Fernwärme, Holz/Pellets, Kohle sowie Ausgaben für alternative Energieträger. Bedarfsgewichtung der Energieausgaben gemäß modifizierter OECD Äquivalenzkala. Bei Grundsicherungsbeziehern wurden die Heizkosten sowohl bei den Energieausgaben als auch beim Haushaltsnettoeinkommen abgezogen. Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen

Die rechte Seite der Abbildung 1 illustriert schließlich die anteilige Belastung durch Energie- und Kraftstoffausgaben am Haushaltsnettoeinkommen für unterschiedliche Haushaltstypen. Alleinstehende und Alleinerziehende weisen anteilig an ihrem Haushaltsnettoeinkommen die höchsten Belastungen durch Energie und Kraftstoffe auf. Auf den ersten Blick überrascht das Bild, dass Familien mit Kindern einen kleineren Anteil ihres Haushaltseinkommens für Energie aufwenden als Paarhaushalte ohne Kinder, da sich der Haushaltstyp „Paare ohne Kinder“ typischerweise durch höhere Einkommen kennzeichnet (Niehues/Stockhausen, 2021). Die höheren Einkommen werden jedoch durch die verhältnismäßig geringeren Energieverbräuche der Familien dominiert. Eine Erklärung für die anteilig höheren Energieausgaben von Paarhaushalten ohne Kinder liegt darin, dass sie im Vergleich zu ihrer Haushaltsgröße in größeren Wohnungen leben. Dieser Effekt ergibt sich beispielsweise dadurch, dass Familien nach dem Auszug der Kinder häufig in ihren einmal bezogenen Wohnungen oder Einfamilienhäusern verbleiben, auch wenn sich der Bedarf an Wohnfläche vermindert hat (Remanenzeffekt). Ohne die Berücksichtigung möglicher Verhaltensreaktionen ergäbe sich für Familien entsprechend eine im Durchschnitt geringere relative Mehrbelastung durch die steigenden Energiepreise als für die übrigen Haushaltstypen. Da aufgrund der bereits geringeren Energieverbräuche bei Familien aber möglicherweise weniger Spielräume vorhanden sind, die Ausgaben weiter zu reduzieren, kann die tatsächliche Belastung gleichwohl höher ausfallen. Um hierzu konkrete Ableitungen treffen zu können, müssten jedoch unter anderem auch die energetischen Zustände der Wohnungen berücksichtigt werden.

Mit Blick auf die zu erwartenden Mehrbelastungen spielen zudem die Energieträger und die jeweiligen vertraglichen Ausgestaltungen eine wesentliche Rolle. Daher gilt es zu betonen, dass Abbildung 1 eine Durchschnitts- und Zustandsbeschreibung für das Jahr 2020 darstellt, die der Heterogenität bei den Energieverbräuchen und den Unsicherheiten bezüglich der Preisentwicklung und entsprechenden Verhaltensänderungen kaum gerecht werden kann. Gleichwohl lässt sich auch für Familien beobachten, dass die anteilige Belastung durch die Energieausgaben umso höher ausfällt, je geringer die Einkommen sind.

Aus den Befragungsdaten des SOEP lassen sich einzig Belastungen durch Energie-, Kraftstoff- und Wohnkosten untersuchen, da weitere Konsumausgaben nicht abgefragt werden. Eine vollständige Abbildung der Konsumausgaben ermöglicht die EVS des Jahres 2018, im Rahmen derer die befragten Haushalte detailliert Buch über ihre Konsumausgaben führten. Werden die Ausgaben für Nahrungsmittel den Haushaltsnettoeinkommen der jeweiligen Haushaltstypen gegenübergestellt, dann stellen Nahrungsmittel bei Alleinerziehenden mit 13,0 Prozent den größten Ausgabenanteil dar. Bei Alleinstehenden, Paaren ohne Kinder und Paaren mit Kindern zeigen sich hingegen vergleichsweise ähnliche Anteile, die zwischen 9,6 und 9,9 Prozent rangieren (Tabelle 1). Auch hier zeigt die Datenlage unmittelbare Grenzen für mögliche Ableitungen auf, da die beobachteten Anteile keine Rückschlüsse erlauben, welche Spielräume die jeweiligen Haushalte haben, ihre Ausgaben für Nahrungsmittel zu reduzieren, indem beispielsweise auf günstigere Marken zurückgegriffen wird. Für alle Haushaltstypen gilt wiederum der Zusammenhang, dass die

Tabelle 1: Nahrungsmittelausgaben und Einkommen nach Haushaltstypen  
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Jahres 2018

	Alleinlebende	Alleinerziehende	Paare ohne Kinder	Paare mit Kind(ern)	sonstige Haushalte <sup>1)</sup>	Haushalte insgesamt
Je Haushalt und Monat in Euro						
Ausgaben Nahrungsmittel <sup>2)</sup>	212	333	415	536	546	360
Haushaltsnettoeinkommen	2.142	2.560	4.311	5.490	5.522	3.661
Anteil in Prozent						
Nahrungsmittel /Haushaltsnettoeinkommen	9,9%	13,0%	9,6%	9,8%	9,9%	9,8%

Sonstige Haushalte: u. a. Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahren, Mehrgenerationenhaushalte, Wohngemeinschaften usw.; 2) Nahrungsmittel: Inkl. Getränke, Tabakwaren u. Ä. Quelle: Statistisches Bundesamt, 2020, S. 30; eigene Darstellung

relative Belastung durch die Ausgaben für Nahrungsmittel umso höher ausfällt, je geringer die Einkommen.

### Entlastungen: Wenig zielgerichtet und unzureichend wahrgenommen

Die vorherigen Ausführungen haben die Schwierigkeit aufgezeigt, anhand (der vorhandenen) Datenlage der heterogenen Betroffenheit durch die steigenden Preise gerecht zu werden. Kaum weniger herausfordernd ist es, die Verteilungswirkungen der beschlossenen sowie der bereits angekündigten Entlastungsmaßnahmen einzuordnen. Neben der unterschiedlichen Terminierung der Maßnahmen ist dies insbesondere dadurch begründet, dass die genaue Umsetzung einiger Entlastungsmaßnahmen im Detail noch nicht feststeht. Festhalten lässt sich, dass die Bundesregierung für die Entlastungsmaßnahmen viel Geld in die Hand genommen hat und nehmen wird. Zu wesentlichen Budgetposten des „200-Milliarden-Wumms“ (IW, 2022) zählen beispielsweise die Energiepauschale, die Strom- und Gaspreisbremse sowie die Inflationsbereinigung des Steuertarifs (Stichwort Kalte Progression), aber auch die Einführung des Bürgergelds sowie die Kindergelderhöhung. Während bei den ersten beiden Entlastungspaketen zunächst noch einige Personengruppen außen vor blieben, lässt sich nach Verkündung des dritten Entlastungspakets und insbesondere nach Ankündigung der Strom- und Gaspreisbremse festhalten, dass bei den Entlastungsmaßnahmen alle Haushalte in den Blick genommen wurden. Beim Bürgergeld, Kindersofortzuschlag und Wohngeld

stehen Haushalte mit niedrigem Einkommen im Fokus der Entlastungswirkungen, bei den Einmalzahlungen Grundsicherungsempfänger, Rentner und Studierende, bei der Energiepauschale Erwerbstätige und beim Kinderbonus und Kindergeld Familien. Durch die Strom- und Gaspreisbremse wird gleichzeitig die große Unsicherheit bezüglich der Preisentwicklung der bedeutendsten Energieträger aufgefangen. Auch wenn die geldwerten Vorteile der Strom- und Gaspreisbremse für Profiteure mit sehr hohen Einkommen versteuert werden sollen, wirft die breite Verteilung der Entlastungsmaßnahmen die Frage nach der Zielgenauigkeit der Maßnahmen auf. Angesichts der verbreiteten Erwartung Entlastungen zu erhalten, ist dieses Ergebnis jedoch möglicherweise wenig überraschend: In der SINUS-IW-Befragung von Anfang September 2022 erwarten beispielsweise insbesondere Haushalte des mittleren Einkommensbereichs die höchsten Transferzahlungen der Bundesregierung (Diermeier et al., 2022).

Vor dem Hintergrund möglicher Politikverdrossenheit ist gleichwohl mit gewisser Sorge zu beobachten, dass die Bundesregierung zwar massive Entlastungsmaßnahmen angekündigt hat, von denen breite Teile der Bevölkerung profitieren werden, gleichzeitig aber auch noch nach Verkündung der Gaspreisbremse in einer Umfrage im Auftrag des SPIEGEL 72 Prozent der rund 5.000 Befragten angeben, dass sie nicht denken, dass sie persönlich durch die bisherigen und geplanten Maßnahmen zur Abfederung der gestiegenen Preise ausreichend entlastet werden (Spiegel Online, 2022).

Literaturverzeichnis kann bei der Redaktion angefragt werden.



**Dr. Judith Niehues**  
studierte VWL an der Universität zu Köln und der San Diego State University. Anschließend Promotionsstudium im Graduiertenkolleg SOCLIFE, seit 2011 arbeitet sie im Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Foto: IW Köln